

## Zivilgesellschaft in Ostasien- Ein Konferenzbericht (Nov. 2017)



Vom 15.-16.11.2017 tagten Wissenschaftler und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Korea, Japan, China und Deutschland an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema *“Voices from East Asia: Civil Society Actors in Environmental Protection, Sustainable Development and Humanitarian Assistance Governance”*. Organisiert wurde die Konferenz von Anna Caspari und Kamila Szczepanska (beide Politik Ostasiens, Ruhr-Universität Bochum).

Nora Sausmikát (Stiftung Asienhaus) eröffnete die Konferenz. In ihrer Keynote zeichnete sie die Genese des Begriffs „Zivilgesellschaft“ und seiner Rezeption in den letzten 30 Jahren in Ostasien, speziell in Korea, Japan und China, nach. Sie wies darauf hin, dass der Begriff Zivilgesellschaft während ökonomischer und politischer Transformationsphasen sowie im Rahmen regionaler Legitimationsprozesse und Diplomatie (Nord-Süd-Korea) instrumentalisiert wurde. Ihr war es wichtig hervorzuheben, dass Begriffe wieder normativ und historisch klar auf ihre Entstehungsgeschichte zurückgeführt würden. Dabei sei der Begriff „Zivilgesellschaft“ nicht ausschließlich mit Tätigkeiten



von NGOs zu beschreiben und grundsätzlich zu benennen, ob man sich auf demokratietheoretische, anthropologische oder philanthropische Konzepte beziehe. Ausgehend von den Entwicklungen in China machte sie deutlich, dass die Funktion von NGOs als Dienstleister des Staates in Bereichen wie Klimaschutz, Katastrophenhilfe oder Armutsminderung gegenüber Anwaltschafts-basierten NGOs (Verbände und NGOs, die rechtsbasierte Ansätze verfolgen) in den nächsten Jahren vor allem in autoritär geprägten politischen Systemen dominieren wird.

In den darauffolgenden Tagen (und zwei weiteren Keynotes) wurde deutlich, dass die Existenz von NGOs nicht unbedingt etwas über eine existierende Zivilgesellschaft aussagt, noch, dass humanitäre Hilfe systemunabhängig zu leisten ist. Wieweit das politische System Handlungsspielräume von NGOs bestimmt wurde besonders durch die beiden Eröffnungsreden von Dennis Dijkzeul (Ruhr-Universität)

und Jens Steffek (TU Darmstadt) deutlich. Herr Peng Ren als Vertreter der NGO Global Environmental Institute (GEI), einem chinesischen Beratungs-Institut, zeichnete den Weg chinesischer NGOs hin zu globalen Akteuren nach, wobei er hervorhob, dass es bis heute keine einzige international registrierte chinesische NGO gibt. Er analysierte die Gründe hierfür und erläuterte dann die internationalen Aktivitäten von GEI. Anna Caspari fokussierte sich auf die Auswirkungen des umstrittenen neuen Gesetzes zum Management von internationalen NGOs (INGOs) in China, wobei sie zunächst unter Bezugnahme auf die Theorie der Politischen Gelegenheitsstrukturen und der Sozialen Bewegungen den Einfluss ausländischer NGOs auf lokale NGOs nachzeichnete. Mit den beiden neuen Gesetzen, dem INGO-Gesetz und dem fast zeitgleich erlassenen Charity Law würden sich die Gelegenheitsstrukturen lokaler NGOs im Land massiv ändern. Besonders durch das Charity-Gesetz würde sich die Lage der kleineren lokalen NGOs, die potentiell für ausländische Geldgeber „unsichtbar“ seien, zum Positiven verändern.



Ulrike Solmecke (Ruhr Universität) skizzierte anhand einzelner städtischer Initiativen wie „citizens as change agents“, wie zu nachhaltiger Entwicklung v.a. in der Stadt beigetragen wird. Es mangle aber an einer kohärenten, umfassenden und nachhaltigen Raumplanung in den chinesischen Städten. Herr Moon (Chonbuk National University, Korea) erläuterte ausführlich, wie die „Teilung“ der Menschenrechte in ökonomische, soziale und politische sich auch in den sozialen Bewegungen widerspiegelte- bes. in Hinsicht auf die humanitären Hilfs-NGOs in Nordkorea. Beide Bewegungen würden komplett isoliert voneinander existieren und wären im Koreakonflikt gefangen. Nachdem humanitäre Hilfe Regierungsaufgabe wurde und sich die humanitäre Krise in Nordkorea zuspitze, entstand ein übergreifender Diskurs zu politischen und sozialen, universellen Menschenrechten.

Aoi Horiuchi (Japan NGO Center for International Cooperation) schilderte die schwierige Lage von japanischen NGOs, die zwar nach Fukushima gebraucht wurden, jedoch insgesamt wenig Einfluß und Ressourcen hätten. Kristin Kupfer (MERICS) skizzierte neue Trends in der chinesischen Netizens-Gemeinschaft, digitales Spendenverhalten sowie die Beurteilung chinesischer humanitärer Hilfen im Ausland. Ausländische Investitionen würden oft als „notwendige humanitäre Hilfe“ deklariert, vor allem auch als Reaktion auf Kritik aus dem Netz an chinesischer Entwicklungszusammenarbeit (EZ). 2013 schon wurde der CASS-Bericht zur chinesischen EZ mit dem Hinweis auf massive Entwicklungsprobleme im eigenen Land kritisiert. Darüber hinaus wird EZ in den Dienst Chinas nationalen, außenpolitischen Interesses gestellt und damit und auch für chinesische NGOs verpflichtend. Die Priorität von sozialen und ökonomischen Rechten als Grundlage ausländischer „Hilfe“ würde, so Frau Kupfer, für viele Empfängerstaaten chinesischer Entwicklungsgelder besser „passen“ als die auf politische Teilhaberechte abzielende europäische EZ.

Goo Soo Kwon (Seoul Cyber University) zeichnete die Entwicklung koreanischer NGOs seit der koreanischen Studentenbewegung nach. Interessant war, dass er den im westlichen Kontext umstrittenen Begriff Civil Society Organizations (CSO) neu interpretierte: in der koreanischen Bevölkerung würden NGOs als Dienstleister, CSOs als „Watchdogs/ advocacy org.“ wahrgenommen werden. Grenzüberschreitend arbeitende NGOs würden sich entweder für Friedenssicherung (Timor-Leste) und Katastrophenhilfe (Sri Lanka Tsunami) engagieren, oder für internationale Entwicklung-(so z.B. in Ruanda) engagieren. NGOs könnten das größte Vertrauen in der Bevölkerung auf sich vereinigen, da sie als „more productive and effective“ gegenüber den Regierungsinstitutionen

wahrgenommen würden. Mit zunehmender Professionalität wurden NGOs in Korea auch von der Regierung ernst genommen und heute in institutionalisierten Partnerschaftsprogrammen für grenzüberschreitende Katastrophenhilfe umfangreich gefördert.

Kamila Szczepanska evaluierte capacity-building Programme vor allem im Rahmen des „NGO Leadership Program“ speziell für humanitäre Hilfe aus Japan. Die Notwendigkeit einer Professionalisierung ergebe sich insbesondere auch deswegen, weil diese Hilfsorganisationen einer Legitimierung bedürften.

Berthold Kuhn (Berater für internationale Kooperation, FU Berlin) hob die hervorragenden Leistungen der VR China hinsichtlich der Sustainable Development Goals (SDGs) hervor. Der Klimaaktivist Masayoshi Iyoda (Kiko Network, Japan), frisch von der COP 23 angereist, kritisierte die zunehmend erschwerten Bedingungen, unter denen japanische Klimaschützer arbeiten müssten. Ganz besonders hob er die repressive Informationspolitik hinsichtlich der Kohlekraftwerke Japans hervor.

Im Abschlusspanel diskutierten Takeshi Komino (Japan CSO Coalition for Disaster Risk Reduction), Anders Uhlin (Lund University, Sweden) und Diana Schnelle (Ruhr-University Bochum, Germany) über transnationalem Aktivismus einzelner NGOs. Komino fokussierte sich auf den ASEAN Kontext, wobei Uhlin Aktionismus im Rahmen der neu gegründeten chinesisch dominierten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) beschrieb. Komino hob hervor, dass erst mit Fukushima die japanische Anti-Atomkraftbewegung wirklich mobilisiert und international tätig wurde. Herr Uhlin, der seinen Forschungsschwerpunkt im Bereich Demokratisierung und Entwicklung von Zivilgesellschaft in autoritären und postautoritären Staaten hat, versuchte anhand der Analyse von transnational arbeitenden NGOs wie dem *NGO-Forum on ADB* den Beweis für eine (de)-Legitimation von internationalen Organisationen zu erbringen. Im Gegensatz zu NGO-Aktivismus zur ADB finde man z.B. bezüglich der AIIB fast ausschließlich „geschlossenes Lobbying“, keine öffentlichen Proteste. Deswegen, so Uhlin, würde die Politik und Praxis dieser Investitions- und Entwicklungsbanken zwar politisiert, im Großen und Ganzen trügen die Aktionen der Zivilgesellschaft (und hier setzt er wie viele andere Redner auch wieder NGOs mit der Gesamtheit der Zivilgesellschaft gleich) aber zur Legitimierung derselben bei. Auch die strategische Einbindung von NGOs in die Arbeit der ADB und der AIIB würde den Banken eher Prestige verleihen und damit zur Legitimation ihrer Politik beitragen. Es ist schade, dass Uhlin sich hier in seiner Bewertung vorrangig auf die Perspektive der Banken einlässt und strategisches Denken der NGOs komplett ignoriert. Diana Schnelle konzeptualisierte schließlich grenzüberschreitendes Agieren japanischer NGO in Bezug auf konfliktlösende Politik im Japanischen Meer.

Bei vielen Redebeiträgen blieb rätselhaft, auf welcher Datenbasis die Analyse gründete und mit welchen Methoden Rückschlüsse getroffen wurden. Wie im Gleichnis der Blinden und dem Elefanten wurden manchmal Aktionen von NGOs dem wissenschaftlichen Duktus einverleibt. Ärgerlich blieb, dass politische Rahmenbedingungen für politische Partizipation durchgehend ignoriert wurden und damit die Bewertung von zivilgesellschaftlichem Aktionismus in den vier Ländern etwas belanglos blieb. Insgesamt stellte diese Konferenz die seltene Gelegenheit dar, mit Experten aus China, Korea, Japan und Deutschland über Rolle und Funktion von Zivilgesellschaft und NGOs zu diskutieren.

Nora Sausmikat